

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XXIII/115

Bonn, den 24. Juni 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

Die Reform des Wahlrechts

36

Vor einer gründlichen Diskussion in der SPD

2

Grundlage: Das Regierungsprogramm von 1966

35

Vorzeitiger Wahlkampf? - Zu einigen Bemerkungen von Dr. Heck

3

Lohn der Angst

42

Nach dem ersten Wahlgang in Frankreich

SONDERAUSGABE

1 - 6

Das neue politische Strafrecht

288

Von Dr. Adolf Müller-Exmert, MdB,

Stellvertretender Vorsitzender

des Sonderausschusses des Bundestages für die Strafrechtsreform

\*

\*

\*

## Die Reform des Wahlrechts

Von einer gründlichen Diskussion in der SPD

sp - Parteivorstand, Parteirat und Kontrollkommission der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands haben am vergangenen Wochenende beschlossen, in der ganzen Partei eine gründliche Diskussion über alle Aspekte einer möglichen Wahlrechtsreform durchzuführen. Bewußt haben die Führungsgremien der SPD darauf verzichtet, der Partei für diese Diskussion eine bestimmte Empfehlung zu geben. Schon in dieser Woche werden alle Ortsvereine der SPD die von der Wahlrechtskommission der Partei erarbeiteten Grundlagen und auch andere Unterlagen für die Diskussion zugestellt erhalten und Ende Oktober wird sich der Parteirat dank mit dem Ergebnis der Diskussion befassen.

Informationen und Kommentare, die besagen, die SPD sei im Begriff ihre Haltung zur Wahlrechtsreform grundsätzlich zu ändern, sind gegenstandslos. Nach dem Statut müssen mindestens 9 von den 22 Bezirken die Einberufung eines außerordentlichen Parteitagcs fordern, der legitimiert wäre, abschließend zu den sehr vielschichtigen Problemen einer Wahlrechtsreform Stellung zu nehmen. Schon dieser Hinweis möge genügen, um klarzustellen, daß die Führung der Partei eine endgültige Entscheidung dem Votum der gesamten Mitgliedschaft überläßt.

Es wäre jedoch ein Irrtum, zu glauben, die allgemeinen politischen Probleme in der Bundesrepublik könnten durch die Diskussion über eine Wahlrechtsreform in den Hintergrund gedrängt werden. Nach wie vor sieht die SPD ihre Aufgabe darin, diejenigen großen Probleme der deutschen Innen- und Außenpolitik ihrer Lösung näherzubringen, die in der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 als gemeinsame Zielsetzungen der Regierung der Großen Koalition und der sie tragenden Parteien genannt wurden.

Dies sind: Die Finanzverfassungsreform und die Gemeindefinanzreform, der Leber-Plan, die Strukturpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung an Ruhr und Saar sowie in den Zonenrandgebieten. Auch die Frage der Preisbindung in zweiter Hand, die für alle Verbraucher von ganz entscheidender Bedeutung ist, steht auf der Tagesordnung der aktuellen Politik. Dazu kommen noch die Probleme der Vermögensbildung der Arbeitnehmer und - als U n t e r b a u aller Bemühungen um eine gute deutsche Politik - die Entspannungspolitik und die deutschen Initiativen im Blick auf eine gerechte Friedensordnung in Europa.

Auf diesen Gebieten wird in den nächsten Monaten die Hauptaktivität der SPD liegen. Hierbei geht es um Sachprobleme, die im Interesse der Bevölkerung der Bundesrepublik gelöst werden müssen.

Grundlage: Das Regierungsprogramm von 1966

---

Vorzeitiger Wahlkampf? - Zu einigen Bemerkungen von Dr. Heck

sp - Der CDU-Generalsekretär und Bundesfamilienminister Dr. Heck hat davor gewarnt, den Wahlkampf für die nächsten Bundestagswahlen verfrüht zu beginnen und er knüpfte daran die Bemerkung, daß noch einiges zu tun sei, um mit dem Programm fertigzuwerden, dessen Erledigung sich die Große Koalition vorgenommen hat. Genau dies ist auch die Auffassung des sozialdemokratischen Koalitionspartners. Es wäre nicht gut, würden die Energien beider großen Parteien schon 1 1/4 Jahr vor den Wahlen 1969 gegeneinander gerichtet sein, statt sich auf die Erfüllung der im Regierungsprogramm vom Dezember 1966 aufgestellten Vorhaben zu konzentrieren. Zum Glück besteht dazu bei keinem Partner die Neigung.

Die Große Koalition hat Großes geleistet, Streitfragen, die jahrelang die Gemüter erregten und bewegten wurden aus der Welt geschafft und auf dem Gebiet der Wirtschaft und Staatsfinanzen wurden Grundlagen gelegt, die nach einer schmerzlichen Periode der Rezession einen Gesundungsprozeß in Gang setzen. Willy Brandt hat in seinem Schreiben an Bundeskanzler Kiesinger aufgezeigt, was für den Rest der Legislaturperiode noch geschehen muß, um dem Regierungsprogramm gerecht zu werden. Über Mangel an Arbeit wird das Parlament sich nicht zu beklagen haben. An guten und loyalen Willen fehlt es nicht bei den Sozialdemokraten, wissen sie doch, daß Regierung und Parlament an ihrer Gesamtleistung gemessen werden.

Einen vorzeitigen Wahlkampf mit seiner absorbierenden Kräfteverschwendung will niemand. Etwas anderes ist es jedoch, wenn von einer großen Partei heute schon Überlegungen angestellt werden, wohin nach den Wahlen die Reise gehen soll. Das ist legitim, fördert die demokratische Bewußtseinsbildung. Der Wähler hat außerdem einen Anspruch darauf, die spezifischen Leistungen der Sozialdemokraten in der Regierung zu erfahren und dargestellt zu bekommen. Daran fehlte es in den vergangenen 1 1/2 Jahren. Hier entstand ein Nachholbedarf.

Etwas leicht mißgestimmt registrierte Dr. Heck diese Absicht des Koalitionspartners. Doch genau gesehen besteht zu einer Mißstimmung kein Grund. Die Spekulationen, die daran phantasiereiche Kommentatoren knüpften, entbehren jeder Grundlage. Sie entspringen dem Bedürfnis nach Sensationen. Im Blickpunkt bleibt die Erfüllung des Regierungsprogramms; wer hier an Eifer nachläßt, darf allerdings nicht mit allgemeiner Zustimmung rechnen.

+ \* +

### Lohn der Angst ?

#### Nach dem ersten Wahlgang in Frankreich

sp - Das Wahlergebnis in Frankreich gibt dem gaullistischen Regime neue Hoffnungen. Aber erst am kommenden Montag wird man wissen, ob sich im zweiten Wahlgang, in dem noch mehr als 2/3 der Mitglieder der Nationalversammlung zu wählen sind, eine neue parlamentarische Konstellation ergeben kann. Bekanntlich sind die Oppositionsparteien im ersten Wahlgang getrennt marschiert; im zweiten und entscheidenden Wahlgang können sich noch Veränderungen ergeben, obwohl viele Beobachter in Paris der Meinung sind, daß "der Gaullismus" in ganzen gestärkt aus der Wahl hervorgehen wird.

Der Sprung von 38 auf 45 Prozent der abgegebenen Stimmen ist dem gaullistisch-konservativen Block nach Auffassung aller objektiven Beobachter der politischen Entwicklung in Frankreich mit der Erzeugung einer Angstpsychose vor der "Machtübernahme durch die Kommunisten" gelungen. Der verkürzte Wahlkampf, bei dem sich die Kommunisten redlich Mühe gegeben hatten, in den Augen der Wähler als "staatsertreu" zu erscheinen, wirkte sich zugunsten der konservativen Kräfte aus. Man erkennt zwar jetzt die sogenannte staatsertreuende Rolle der KPF an, meint jedoch, ihr Partei- und Gewerkschaftsapparat habe versagt, als es sich 3 Wochen vor der Wahl darum gehandelt hatte, die Revolte der Studenten und fast der Gesamtheit der Arbeitnehmer abzustoppen.

Wie sich die politische Landschaft Frankreichs weiter entwickeln wird, wagt noch niemand zu sagen. Zwar haben die Gaullisten im Wahlkampf mit Reformversprechungen nicht gegeizt, man fragt sich jedoch allgemein, welche Rezepte de Gaulle selbst zur Durchführung der angekündigten Reformen präsentieren wird. Die Vorschläge der sehr bunten Koalition der bisherigen Wahlgewinner sind zum Teil diametral entgegengesetzt. Die einen empfehlen hartes Durchgreifen nach links, was mit anderen Worten bedeutet, das gaullistische Regime sollte jetzt den Schutz bedrohter Profite garantieren. Die Linksgaullisten feiern de Gaulle als "Frankreichs Fidel Castro" und verlangen weitgehende Selbstverwaltung und Mitbestimmung der Arbeitnehmer.

Unabhängig von allen diesen Überlegungen kann man jedoch schon heute sagen, daß trotz des für die Gaullisten so günstig ausgegangenen ersten Wahlgangs, Frankreichs innen- und außenpolitische Probleme auf der Tagesordnung bleiben und daß André Malraux Recht behalten könnte, als er kurz vor der Wahl sagte, "der Mai 1968 war vielleicht nur eine Generalprobe".

Eine weitere Feststellung ist erlaubt: Der Aufstand der Studenten und die wochenlangen Streiks der Arbeitnehmer haben den französischen Durchschnittsbürger erschreckt und dazu beigetragen, in de Gaulle erneut den "Retter Frankreichs" zu sehen.